



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

25. August 2023
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Die Milliarden werden bei uns gespart... und den Kapitalisten geschenkt

Die Produktion in Deutschland ist seit einigen Monaten leicht zurückgegangen. Politiker, Kapitalisten und Journalisten diskutieren seitdem lautstark, wie man „der notleidenden deutschen Wirtschaft helfen“ könne.

Alle tun dabei so, als würde es der Wirtschaft überall gut gehen, nur in Deutschland nicht. Angeblich, weil die Industrie in Deutschland zu hohe Energiepreise zahlen, zu viele (Umwelt)-Auflagen erfüllen und zu hohe Löhne zahlen müsste. Damit versuchen sie zu rechtfertigen, dass die Konzerne Milliarden vom Staat geschenkt bekommen und wir „den Gürtel enger schnallen“ müssten.

Ihre Propaganda jedoch ist von Grund auf eine Lüge. Wir haben nämlich keine „deutsche“, sondern eine weltweite Wirtschaftskrise. Die Exporte chinesischer Firmen sind sogar um 12% eingebrochen. Und ob in Italien, Südkorea oder den USA: In vielen Ländern ist die Industrie-Produktion zurückgegangen. Kein Wunder! Auf der Welt sind die Preise massiv gestiegen, die Löhne jedoch nicht. Überall ist die einfache Bevölkerung ärmer geworden. Klar, dass sie dann weniger kaufen kann – und die Firmen entsprechend weniger produzieren.

Die Herrschenden jammern darüber. Aber natürlich kommt es für sie nicht in Frage, die Konzerne, die die Preise künstlich in die Höhe getrieben haben (allen voran die Energie-, Lebensmittel- und Rohstoffkonzerne) zu zwingen, ihre Preise zu senken.

Die Zentralbanken haben einzig versucht, die Inflation zu verringern, indem sie die Kredit-Zinsen angehoben haben. Doch das hat die Krise nur weiter verschlimmert. Jetzt haben wir hohe Preise UND hohe Zinsen. Allein in der Bau-Industrie wurden deshalb ganz viele Bau-Vorhaben gestoppt. Erste kleinere Bau- und Immobilienfirmen sind bereits Pleite gegangen. Und an der Börse wird über die Gefahr einer weltweiten Bau- und Immobilienkrise spekuliert.

Die kapitalistische Wirtschaft ist so kaputt, dass sie von einer Krise in die nächste rutscht. Keiner weiß mehr, was morgen kommt. Und deshalb haben die Kapitalisten nur noch eine Strategie in der Krise: möglichst schnell möglichst viel Geld einzusammeln.

Das beste Beispiel sind die deutschen Autokonzerne. Sie haben zwar 3,5% weniger Autos produziert, ihre Profite im ersten Halbjahr aber dennoch um 37% gesteigert – auf über 10 Milliarden Euro: indem sie Arbeitsplätze vernichtet, die Autos teurer gemacht und Milliarden staatlicher Subventionen für E-Autos kassiert haben. Sprich, indem sie ihre Arbeiter und die Allgemeinheit schröpfen.

Oder nehmen wir die Chemie-Bosse. Über Jahre haben sie Rekordgewinne eingefahren. Ihre Großaktionäre wissen kaum noch, was sie mit dem ganzen Geld anfangen sollen. Doch den jetzigen Rückgang der Produktion sollen natürlich die Arbeitenden bezahlen – und die Allgemeinheit. BASF, Evonik und Co. haben sofort angefangen, Leiharbeiter und Befristete zu entlassen und Stellen nicht mehr zu besetzen. Und fast täglich drohen sie, Produktionen zu schließen oder zu verlagern, wenn der Staat ihnen nicht den Großteil ihrer Stromkosten bezahlt oder anders „hilft“.

Ihre Drohungen und die ganze Propaganda über die notleidende deutsche Industrie sollen uns einschüchtern. Damit wir es am Ende noch richtig finden, dass der Staat den reichen Kapitalisten weitere Milliarden schenken will: den reichsten 1% in Deutschland, die bereits mehr besitzen als 90% der Bevölkerung zusammen!

Erst letzte Woche wollte die Regierung still und heimlich die Steuern der Konzerne um 6,5 Milliarden Euro pro Jahr senken. Hätte es nicht den Streit um die Kindergrundsicherung gegeben, hätte dies kaum jemand mitbekommen. Gleichzeitig hat die Regierung den Konzernen TSMC und Bosch 5 Milliarden

Euro für den Bau einer weiteren Mikrochip-Fabrik geschenkt, und Thyssen-Krupp 2 Milliarden für den Umbau auf „grünen“ Stahl.

Ganz zu schweigen davon, dass der Staat seit der Zinserhöhung 30 Milliarden Euro mehr Zinsen pro Jahr für die Staatsschulden zahlt. 30 Milliarden, die direkt aus der Staatskasse in die Taschen der Banken und Reichen fließen.

Und alle – egal ob SPD, Grüne, FDP, CDU oder AfD – wollen den Konzernen noch viele weitere Milliarden schenken. Sie streiten einzig darüber, wie die Geschenke konkret aussehen sollen.

Die Geschenke an die Kapitalisten sind ein Angriff auf die arbeitende Bevölkerung. Denn wir sollen sie bezahlen. Im kommenden Haushalt sollen bereits Milliarden bei uns eingespart werden: bei der Bahn, bei Krankenkassen und Pflegeversicherung, bei Geflüchteten, Arbeitssuchenden, beim Bafög für Azubis und Studierende... Auch diskutieren sie bereits über erneute Verschlechterungen bei der Rente, weil ja „kein Geld in den Kassen“ sei.

Das ist das Krisen-Programm der Kapitalisten. Stellen wir Arbeitenden demgegenüber unser eigenes Krisen-Programm auf! Den Reichtum auf den Konten der Konzerne, der Aktionäre und des Staates haben wir geschaffen. Fordern wir ein, dass dieser Reichtum unseren Interessen dient: Angefangen mit vernünftigen Arbeitsplätzen und Löhnen für alle, mit ausreichend Kitas, Kliniken, Transportmitteln...

Und wenn die herrschende Klasse dazu unfähig ist, wenn sie trotz all der technischen Möglichkeiten und des gigantischen Reichtums nicht in der Lage ist, etwas anderes zu bieten als immer mehr Krisen, Armut und die wachsende Gefahr eines neuen, weltweiten Krieges – dann müssen wir uns die Frage stellen, ob wir Arbeitenden ihnen nicht die Betriebe und die Leitung der Gesellschaft wegnehmen und sie gemeinsam selber übernehmen müssen.

Vor 50 Jahren: „Bir mark zam, eine Mark mehr“ – ein Sommer ‚wilder Streiks‘ für höhere Löhne in Deutschland

Vor 50 Jahren, im Sommer 1973, gab es vor allem in der Metallindustrie eine Welle wilder Streiks. Anfang des Jahres hatte die IG Metall einen Tarifabschluss vereinbart. Doch mit der Ölkrise schossen die Preise kurz darauf massiv in die Höhe. Viele fanden, man könne mit erneuten Lohnerhöhungen doch nicht bis zur nächsten Tarifrunde warten. In über 300 Betrieben begannen Arbeiter*innen, spontan dafür zu streiken. Sie streikten „wild“, das heißt ohne Aufruf und nicht selten gegen den Willen der Gewerkschaft – was offiziell nicht erlaubt ist.

An vorderster Stelle in diesen Streiks standen die sogenannten Gastarbeiter*innen aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Spanien... Sie hatten überall in den Fabriken die härtesten und gesundheitsschädlichsten Jobs, die obendrein am schlechtesten bezahlt wurden. Die stark steigenden Preise trafen sie daher besonders hart.

Den größten Streik gab es bei Ford in Köln. Nach den Werksferien kamen hier zahlreiche türkische Arbeiter zu spät aus dem Urlaub zurück. Die Werksleitung, die wegen der Ölkrise Stellen streichen wollte, nutzte dies als Vorwand, um 300 von ihnen zu entlassen. Das brachte das Fass zum Überlaufen. Spontan begannen am 24. August 10.000 Arbeiter*innen zu streiken und forderten unter anderem eine Mark mehr pro Stunde und die Rücknahme der Kündigungen.

Tausende Streikende hielten das Ford-Werk 6 Tage lang besetzt. Sie kochten gemeinsam und schliefen auf Matratzen in den Werkshallen. Zu Anfang streikten auch zahlreiche deutsche Arbeiter mit. Und da sie der Gewerkschaft nicht trauten, wählten die Arbeiter ihre eigene Streikleitung, die aus neun Türken, zwei Italienern, einem Jugoslawen und zwei Deutschen bestand.

Gewerkschaft und Teile des Betriebsrats hetzten gegen diesen „wilden“ Streik, in dem sie nicht das Sagen hatten und der obendrein von „Ausländern“ geleitet wurde. Unterstützt von der Presse, die mit rassistischen Schlagzeilen wie „Türkenterror“ Stimmung machte, schafften sie es, dass sich die deutschen Arbeiter nach mehreren Tagen aus dem Streik zurückzogen.

Kaum war der Streik durch diese Spaltung geschwächt, fühlte sich die Ford-

Geschäftsführung stark genug, zum Angriff überzugehen. Sie organisierte eine Kampftruppe aus Werkschutz, Meistern, Zivilpolizisten und einigen rechten Arbeitern, die am nächsten Morgen – mit Schlagringen und Knüppeln bewaffnet – einen Demonstrationzug der Streikenden im Werk angriffen.

Sie schlugen Streikende blutig und jagten sie aus dem Werk, wo schon die Polizei bereitstand... die natürlich nicht den Schlägertrupp der Geschäftsführung, sondern die gesamte Streikleitung sowie weitere Streikende als „Unruhestifter“ festnahm. Das brach dem Streik das Genick, und kurz darauf wurden über 100 Arbeiter entlassen.



Auch wenn der Streik als Niederlage endete, wurde er im ganzen Land zum Symbol: Die Kapitalisten hatten gedacht, sie könnten die ausländischen Arbeiter*innen ausbeuten, wie sie wollen. Doch nun erhoben diese den Kopf und wehrten sich.

Die brutale Antwort der Geschäftsführung und des Staates machte deutlich, wie viel Angst die Herrschenden vor diesem spontanen, massiven und selbst organisierten Streik hatten.

Fast gleichzeitig machte ein Streik beim Autozulieferer Pierburg in Neuss obendrein deutlich, was möglich ist, wenn Migranten und Deutsche zusammenhalten. Dort arbeiteten 3.000 Leute, 1.700 davon Frauen, fast alles Migrantinnen. Diese bekamen mit Abstand die niedrigste Lohngruppe, die Lohngruppe 2. Im August 1973 legte der Großteil der Migrantinnen ihre Arbeit nieder und forderten die Abschaffung der Lohngruppe 2 und eine Mark mehr für alle.

Auch hier hatte die Gewerkschaft nicht zum Streik aufgerufen. Mit dem Argument, der Streik sei daher illegal, holte die Geschäftsleitung die Polizei, die mehrere Streikende verhaftete. Hilfesuchend wandten sich die streikenden Frauen daraufhin an die deutschen Arbeiter, die bis dahin nicht mitgestreikt hatten. Am 4. Streiktag sprachen sie jeden einzelnen an. Eine Gruppe streikender Frauen brachte einen riesigen Strauß Rosen zu den Facharbeitern im Werkzeugbau. Auf der Karte stand: »Viele Grüße von den streikenden Frauen an den Werkzeugbau. Helft uns!« Noch am selben Tag schlossen sich fast alle Männer dem Streik an.

Schon vor dem Streik gab es bei Pierburg eine Reihe gewerkschaftlich aktiver Arbeiter*innen, die versuchten, Kontakte zwischen Migranten und Deutschen herzustellen und die Idee zu verbreiten, dass alle Arbeitenden zusammenhalten müssen. Dies hat dazu beigetragen, dass der Streik sich ausweiten konnte.

Als die Geschäftsleitung sah, dass die deutschen Arbeiter sich anschlossen, knickte sie ein. Schon einen Tag später wurde die Lohngruppe 2 abgeschafft, und alle Arbeitenden bekamen als Ausgleich für die Inflation eine Lohnerhöhung von 53 bis 65 Pfennig pro Stunde.

Die wilden Streiks 1973 waren nicht nur die einzig richtige Antwort auf die stark steigenden Preise. Sie trugen dazu bei, dass Sonderregeln für Migranten und Frauen abgeschafft wurden. Und vor allem führten sie dazu, dass Migranten und Deutsche, Frauen und Männer in den Betrieben näher zusammenrückten und von da an fast immer zusammen kämpften, was alle stärker gemacht hat.

Heute sind es Migranten aus Osteuropa und Geflüchtete, die die härtesten und schlecht bezahltesten Arbeiten verrichten müssen. Auch heute erleben wir außerdem eine Zeit hoher Inflation und Krise, die die Kapitalisten auf alle Arbeitenden abwälzen wollen. Und wir erleben eine ständige Hetze gegen Migranten, die uns von den eigentlichen Verursachern unserer Probleme – den Kapitalisten – ablenken soll. Genau wie damals gibt es nur eine Chance, wenn wir darauf nicht hereinfallen, sondern zusammenhalten und uns gemeinsam wehren. Und wenn es Arbeiterinnen und Arbeiter gibt, die sich hierfür in Betrieben und Stadtteilen aktiv einsetzen.

Der Kapitalismus steckt den Planeten in Brand!

Die verheerenden Waldbrände nehmen kein Ende: in Griechenland, Spanien, Italien, Kanada, auf Teneriffa und Hawaii. Eine Fläche größer als Deutschland ist bereits abgebrannt. Überall haben sie dutzende Menschen das Leben gekostet. Überall haben Zehntausende alles verloren und mussten vor den näher rückenden Flammen fliehen.

Diese Katastrophen, die sich immer häufiger und schlimmer wiederholen, machen deutlich, in welche Sackgasse uns der Kapitalismus geführt hat. Sie machen deutlich, wie unfähig er ist, die Probleme zu lösen, die die zerstörerische Anarchie dieser Wirtschaftsordnung hervorbringt: einer Wirtschaftsordnung, die auf den Profit einiger Weniger ausgerichtet ist.

Das Beispiel Hawaii (USA)

Auf Hawaii ist das marode Stromnetz die Hauptursache für die massive Ausbreitung der Brände, bei der über hundert Menschen gestorben sind. Unter den Windböen knickten die schlecht instandgehaltenen Masten ein, rissen Stromkabel, die zu Boden fielen und Funken schlugen, was ein Feuer nach dem anderen entfachte.

Doch für den Stromkonzern Hawaii Electrics war es wichtiger, den Aktionären Jahr für Jahr Gewinn und Dividende zu erhöhen, statt Geld in die Instandhaltung und Sicherung der Stromnetze zu stecken.

Genauso wie die Besitzer der großen Ländereien und Betreiber der Tourismus-Anlagen, die es eine „unnütze Ausgabe“ fanden, die wildwuchernden und leicht entzündlichen Gräser, die sich auf ihren Ländereien ausgebreitet haben, zu roden oder durch feuer-resistentere Pflanzen zu ersetzen. Dabei wurde seit Jahren vor den besonderen Feuergefahren gewarnt.

Und was die staatlichen Behörden angeht, so haben diese – in einem der reichsten Länder der Welt – nicht einmal das Geld ausgegeben, um das ebenfalls marode Frühwarnsystem zu modernisieren. Keine Sirenen, nichts warnte die Menschen, die teilweise in ihren Autos verbrannten.

All die Sparmaßnahmen der Konzerne und des Staates haben die Brände angeheizt und den Schutz der Bevölkerung verhindert. Sie tragen die entscheidende Verantwortung für die Toten und das Ausmaß der Verwüstung.



Das Beispiel Regenwald

Während Hitzewellen und Dürren, Folgen des Klimawandels, die Wälder in Brand setzen, fand der Amazonas-Gipfel statt, der eigentlich Maßnahmen gegen die weitere Abholzung des Regenwaldes beschließen sollte. Denn dieser absorbiert riesige Mengen CO₂ und seine Abholzung beschleunigt gefährlich den Klimawandel.

Doch nicht eine konkrete Maßnahme wurde beschlossen: Wieder einmal haben sich die Interessen der Konzerne durchgesetzt, die den Regenwald bereits zu 20% abgeholzt haben, um dort Soja, Mais, Rohrzucker anzupflanzen oder Öl, Gold oder Eisen abzubauen. Dieselbe Profitlogik verhindert von Grund auf, weltweit geplant und gemeinsam gegen den Klimawandel vorzugehen.

Das Beispiel Griechenland

In Griechenland hätten die Brände niemals so ein fürchterliches Ausmaß angenommen ohne die kriminellen Sparmaßnahmen, die EU, Internationaler Währungsfonds und Großbanken dem Land nach der Schuldenkrise 2011 aufgezwungen haben.

Griechenland musste 1,1 Milliarden Euro allein beim Forstschutz einsparen. Viele Gegenden haben keinen einzigen hauptamtlichen Förster mehr vor Ort und damit niemanden, der durch die Pflege des Waldes Brände verhindern oder schnelle Maßnahmen treffen könnte.

Hinzu kommt, dass seit den brutalen Sparplänen fast 4.000 Feuerwehrleute fehlen und es nur eine uralte Ausrüstung gibt, um die Brände einzudämmen. Die beiden Piloten, die im Juli mit einem staatlichen Löschflugzeug abstürzten, waren zusammen jünger als ihr Flugzeug mit dem Baujahr... 1969! Doch es ist ja wichtiger, Geld einzusparen, um das Finanzkapital zu beruhigen und den Bankern und Spekulanten brav die Raten für die Schulden zu bezahlen, statt sich um so unwichtige Dinge wie den Schutz der Wälder zu kümmern.

Selbst von dem Geld, das der griechische Staat nach all den Sparplänen noch ausgeben darf, hat das NATO-Mitglied Griechenland (unterstützt von NATO und EU) lieber Kampfflugzeuge vom Typ Rafale und F-35-Jets bestellt statt Lösch-Flugzeuge. Statt Material zur Bekämpfung der Feuersbrünste zu kaufen, kaufen die Herrschenden überall Material, um die Welt – mit neuen Kriegen – selber in Brand zu stecken!

Dortmund: Ein Mord, der nicht vergessen werden darf

Am 12. August haben 1.200 Menschen in Dortmund demonstriert. Sie erinnerten an Mouhamed Lamine Dramé, der am 8. August vor einem Jahr in Dortmund von der Polizei erschossen wurde.

Der gerade einmal 16jährige, traumatisierte Flüchtling aus dem Senegal hatte gedroht, sich umzubringen. Ein Betreuer der Einrichtung, in der er lebte, rief deshalb die Polizei. Diese sollten den Jungen vor sich selber schützen. Stattdessen griffen die Polizisten den Jungen, der mit einem Messer in der Hand am Boden saß, mit Pfefferspray an. Als er sich daraufhin bewegte, schoss ein Polizist sofort mit einer Maschinenpistole auf ihn und durchsiebte seinen Körper mit 5 Kugeln.

Die Polizisten behaupteten daraufhin, der 16jährige habe sie angegriffen und sie hätten „in Notwehr“ gehandelt. Doch ihr widerlicher Versuch, das Opfer zum Täter zu machen, scheiterte dank mehrerer Zeugenaussagen und Beweise.

Anders als in den meisten Fällen kommen die beteiligten Polizisten dank der vielen Proteste nun zumindest vor Gericht. Doch ob sie auch verurteilt werden, bleibt nach den Erfahrungen der Vergangenheit abzuwarten. Schließlich braucht die herrschende Klasse die Polizisten für die Drecksarbeit: um in den ärmeren Vierteln, unter den Opfern dieser kranken und ungerechten Gesellschaft für „Ruhe“ zu sorgen. Daher gibt sie sich viel Mühe, um die Polizisten vor Strafen zu schützen, egal was diese anstellen. Es geht nur dann manchmal anders aus, wenn viele Menschen weiter und immer wieder die Aufmerksamkeit auf diese Verbrechen lenken.

LKW-Streik: Wenn die Räder still stehen

Seit Mitte Juli haben sich 150 LKW-Fahrer der Spedition Mazur auf der Raststätte Gräfenhausen bei Darmstadt versammelt. Sie weigern sich, weiterzufahren oder die LKWs herauszurücken, bis Mazur ihnen endlich die insgesamt 500.000 Euro Lohn zahlt, die die Firma ihnen schuldet. Als Druckmittel halten die Streikenden nicht nur die LKWs, sondern auch deren Ladung auf der Raststätte fest: Waren für Audi, Porsche, Ikea, Obi, DHL und andere.

Die LKW-Fahrer stammen aus Georgien, Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan. Mazur nutzt ihre extreme Armut aus, um sie 14 Stunden am Tag schuften zu lassen und sie dabei besonders schlecht – und manchmal monatelang gar nicht zu bezahlen. Im Frühjahr haben 60 LKW-Fahrer sechs Wochen lang auf der Raststätte gestreikt und durchgesetzt, dass ihnen 300.000 Euro ausstehender Lohn nachgezahlt wurden. Ihr Erfolg hat 150 weitere Fahrer ermutigt, nun ebenfalls zu streiken.

Mazur versucht die Streikenden einzuschüchtern. Im Frühjahr hatten sie einen Schlägertrupp auf die Streikenden gehetzt. Doch damit waren sie kläglich gescheitert. Diesmal versuchen sie es mit anderen Mitteln. So hat Mazur allen Streikenden gefälschte Kündigungsschreiben geschickt. Und nun hat Mazur sie sogar wegen „räuberischer Erpressung“ vor Gericht verklagt. Dabei ist wohl eindeutig, wer hier raubt und erpresst: nämlich Mazur!

Die Streikenden aber machen weiter. Und die Solidarität von Anwohnern und Gewerkschaftern, die sie besuchen, Essen vorbeibringen und ihre Wäsche waschen, hilft ihnen durchzuhalten.



Deutschland leidet unter Lohn-Mangel

Ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland bekommt weniger als 14 Euro Stundenlohn! Fast 10 Millionen Menschen (vor allem Frauen, Migranten und Ostdeutsche) sind damit gezwungen, für Löhne zu arbeiten, von denen man auch bei einem Vollzeitjob kaum das Nötigste bezahlen kann.

Täglich beschweren sich Unternehmer medienwirksam, weil sie kein Personal finden würden. Es sind wohl eher die Arbeitenden, die keine Arbeit finden... von der sie auch leben können.

Und noch eine neue Fabrik... für Kampffjets

Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat angekündigt, am Flughafen Weeze (NRW) eine Fabrik für Kampffjets zu errichten. Und allein die deutsche Regierung hat dort auch schon vorbestellt: für 8,3 Milliarden Euro.

Während durch die zunehmenden internationalen Spannungen, Sanktionen und Kriege die Wirtschaft schrumpft und Betriebe zu schließen drohen, erlebt die Rüstungsindustrie Höhenflüge. Ein Wirtschaftsaufschwung, über den sich niemand freuen kann – außer die Aktionäre von Rheinmetall.

Traue keinem Kapitalisten, der sagt, er hat kein Geld

Nein, das ist kein verspäteter Aprilscherz. Galeria Karstadt Kaufhof hat gerade überall Stellen ausgeschrieben und sucht – befristet natürlich – 3.500 Verkäufer*innen!

Genau, es ist derselbe Galeria-Konzern, der seit zwei Jahren jammert, dass er bankrott sei und tausende Beschäftigte entlassen „müsste“. Unter dem Vorwand, insolvent zu sein, hat Galeria tausende Festangestellte, oft über 50jährige und mit Vollzeitverträgen in die Arbeitslosigkeit geschickt. Doch kaum ist die Tinte auf den Kündigungen trocken, schon stellt Galeria wieder ein, aber natürlich befristet, in Teilzeit, zu niedrigeren Löhnen.

Eine Insolvenz kann sich wirklich lohnen... für die Kapitalisten.

Ruhrbahn: Damit sich bloß nichts ändert

Die Verkehrsbetriebe von Essen und Mülheim (Ruhrbahn) haben kurzfristig manche Linien von 10 auf 20-Minuten-Takt umgestellt. Es gibt kein Personal, um die Busse und Bahnen zu fahren.

Kein Wunder! Die Ruhrbahn hat über Jahre Personal eingespart, insbesondere das Reserve-Personal für kurzfristige Ausfälle. Stattdessen werden die Fahrer nun ständig an ihren freien Tagen angerufen und sollen einspringen. Hinzu kommt, dass die Pausenzeiten gekürzt wurden. Teilweise bleibt nicht mal die Zeit, zur Toilette zu gehen. Diese Arbeitsbedingungen machen einen krank.

Die Ruhrbahn behauptet, sie würde mehr Personal einstellen wollen. Doch wer bei ihr Busfahrer werden will, muss oft zunächst einen Führerschein mit Praktikum bei privaten Busfirmen wie Mesenhohl machen und wird dann auch erstmal über diese Subfirmen eingestellt. Über Firmen wie Mesenhohl, die bereits wegen sittenwidriger Löhne und Arbeitsbedingungen gerichtlich verurteilt wurden! Viele sagen da zu Recht: Nein, danke.

So kann man es natürlich auch machen, wenn man eigentlich gar nichts an der Situation ändern will. Denn so ist es ja für die Ruhrbahn viel billiger: Die Monatstickets sind von den Kunden ja bereits bezahlt – egal ob 10- oder 20-Minuten-Takt.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!